

unsere Chance

€ 1-

Solidaritätspreis: € 2-

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

ES IST GENUG GELD DA, ES WIRD NUR UNGERECHT VERTEILT!

Für die Reichen, für die Aktienbesitzer, für die Banken, für die Unternehmer, für die Konzerne gibt es vom Finanzminister jede Menge Geld aus unseren Steuern.

Es gibt Millionen, ja Milliarden Euro, als Direkthilfe, als günstige Kredite bzw. als Garantie – wie jetzt gerade wieder bei der Hypo Alpe Adria Bank – d.h. da steht der Staat, also wir, als Sicherheit für eine mögliche Pleite dahinter, so dass die Profite der Reichen wieder abgesichert sind.

Doch für die arbeitenden Menschen, für die Lohnabhängigen, für die Pensionisten, für die Arbeitslosen, für die große Masse heißt es schon wieder, wir müssen sparen, wir haben kein Geld, wir müssen alle Opfer bringen, den Gürtel enger schnallen, einen „Solidaritätsbeitrag“ leisten. Welch ein Hohn, welch eine Frechheit, welcher Polit-Betrug!! Doch es kommt noch dicker!

Die Kommunalkredit AG, eine Bank, die kaum Einlagen von Kunden hat, und die Investitionen von Gemeinden finanziert, ist pleite und wurde durch eine Haftung des Bundes (also des Staates) aufgefangen. Deswegen hat sie dann auch zwischen Jänner und März 2009 am Kapitalmarkt insgesamt Kredite in der Höhe von 4,2 Milliarden Euro für die der österreichische Steuerzahler haftet, aufnehmen können. Doch der Bank drohen nun durch Verlustgeschäfte mit der bankrotten US-Bank Lehmann Brothers u. isländischen Banken durch die Besicherung mit sog. „Credit Default Swaps“ (CDS) weitere Ausfälle bis zu 12 Milliarden Euro! (R. Barazon, „Salzburger Nachrichten“ 9.5.2009). Ähnlich verhält es sich mit der fast Pleite gegangenen und

auch vom Staat aufgefangenen Hypo-Alpe-Adria-Bank.

WETTEN ...

Diese CDS sind eine Art Vereinbarung zwischen zwei Parteien, wo die eine Partei regelmäßig Zahlungen an die andere tätigt, diese erhält dafür das Versprechen einer Auszahlung, wenn eine dritte Partei in Zahlungsverzug gerät. Die erste Partei bekommt Kreditschutz, eine Art Versicherung und heißt der Käufer. Die zweite Partei gewährt Kreditschutz und heißt der Verkäufer. Die dritte Partei, die bankrott geht, wird Referenzeinheit genannt. Niemand ist bei diesen Spekulationsgeschäften verpflichtet, einen Vermögenswert als Sicherheit zu

ist ca. die Größe der uneinbringbaren Schulden. Namhafte Ökonomen schreiben, dass diese von den Hedge Fonds gehandelten CDS eine Bedrohung für die Finanzmärkte in aller Welt darstellen und „dass eine Kettenreaktion von Ausfällen auf dem CDS-Markt die nächste globale Finanzkrise auslösen könnte“.

... AUF DIE PLEITE

Die besondere Pikanterie ist also auch bei den CDS der Kommunalkredit AG, dass die von den Spekulanten erworbenen CDS in der Hoffnung erworben wurden, dass die Kredite oder Anleihen untergehen und der Garantgeber (also die Bank) den vollen versicherten Betrag auszahlen muss! Diese Spekulation geht derzeit in vielen Fällen auf! Der Finanzminister verwendet also unsere Steuergelder, um Milliarden an Spekulanten, d.h. große Finanzhaie zu zahlen, die darauf gewettet haben, dass verschiedenste Anleihen wertlos werden, viele Kredite uneinbringbar werden. Dort gehen unsere Steuer-milliarden hin!

Das war im Frühjahr, im Spät-Herbst 2009 ging es weiter so! Denn nun, im November, braucht die Kommunalkredit AG wieder Geld. Die Republik hat ihr nun eine weitere Milliarde Euros als Haftung gewährt, mit 10 % Zinsen zurückzahlbar. Geht die Bank pleite, ist das Geld weg. Weiters erhält die Bank wiederum eine Kapitalzufuhr vom Staat, diesmal 250 Millionen Euro. Ähnliches spielt sich gerade wieder bei der Kärntner



hinterlegen. (F.W. Engdahl: „Die nächste Finanzkrise. Credit Default Swaps...“ 6.6.2008). Diese CDS sind der Indikator für die Einschätzung eines Ausfallrisikos einer Bank.

Insgesamt, so wird geschätzt, haben diese CDS bei all den Banken weltweit ein Ausmaß von 63.000 Milliarden Dollar, das

Hypo Alpe-Adria Bank ab. Insgesamt hat der Finanzminister den Banken 15 Milliarden Euro aus unseren Steuern an Kapital zur Verfügung gestellt plus 85 Milliarden als Garantie für Anleihen.

Auch die Industrie erhält weitere Milliarden! Die großen Konzerne, die Multis sollen nun aus Steuergeldern noch mehr unterstützt werden. Sie sollen, wie schon seit Jahren wieder Steuererleichterungen zugestanden bekommen. Und sie sollen nun zusätzlich mit ca. 10 Milliarden subventioniert werden, während die Niedrigverdiener vom Finanzminister Pröll als Sozialchmarotzer dargestellt werden und die Pensionisten von der Industriellenvereinigung als sozial bezeichnet werden.

Die wahren Sozialchmarotzer sind die Unternehmer, die Konzerne, die Aktienbesitzer,

die Banken- und Versicherungsbosse bzw. ihre Anteilhaber. Im Übrigen hatten die Kreditinstitute, das sind die Banken und Sparkassen, Ende 2007 schon eine kumulierte Bilanzsumme von ca. 900 Milliarden Euro, das ist z.B. das Dreifache des österreichischen Bruttoinlandsproduktes von 2008. Dabei beherrschen 6 Großbanken 50% des Marktes.

Auf die österreichischen Banken kommen im übrigen mit ihren Ostgeschäften wegen der Krise möglicherweise „faule“ Kredite, das heißt nicht mehr einbringbare Schulden in der Höhe von 20 bis 70 Milliarden Euro zu. Es kann angenommen werden, dass wieder die Steuerzahler zur Kasse gebeten werden sollen!

WO IST DAS GELD?

In Österreich gab es schon Ende 2003 1.323 Milliarden Geldvermögen, davon gehören 70% der Wirtschaft und der Finanzwirtschaft! 60.000 Euro-Millionäre haben zusammen etwa

soviel Geld (200 Milliarden) wie sämtliche Erwerbseinkommen in Österreich ausmachen. Doch die Reichen zahlen nur 6% aller Steuern bei uns, das ist die Besteuerung der 2100 Milliarden Euro Geld- und Sachvermögen). 92% des Steueraufkommens kommt von den 200 Milliarden Euro Erwerbseinkommen der 4 Millionen Erwerbstätigen.

GEMACHTE ARMUT...

Am liebsten wäre es den Unternehmern, wenn die Arbeiter und Angestellten gratis arbeiten, sich selbst versichern und die Produkte, die sie gratis hergestellt haben den Unternehmern auch noch teuer abkaufen würden. Das wäre der Unternehmerhimmel jener kleinkrämerischen, geld- und profitgierigen Minderheit von 1% der Bevölkerung und deren Klientel, die heute schon mehr Anteil am österreichischen Gesamtvermögen haben, als die meisten Anderen. (1% besitzt 340 Milliarden Euro / 90% besitzen 317 Milliarden). 13%, ca. 1 Million Österreicher, leben an der oder unter der Armutsgrenze von 780 Euro. Den Arbeitsplatz zu verlieren bedeutet eine akute Gefahr arm zu werden.

... SOLL BLEIBEN

Heute schreien die Reichen sofort empört auf, wenn z. B. nur gewagt wird, die Mindestsicherung, die ohnehin erst 2010 beginnt, ein wenig anzuheben, wie es kürzlich die Gewerkschaft vorzuschlagen wagte. Die 733 Euro, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind, sollten laut Gewerkschaft auf 855 Euro angehoben werden. O Zeter, o Mordio schrien die Großverdiener in der Politik, die Handlanger der Wirtschaft, die mit zigtausend Euro im Monat nach Hause gehen und keine Ahnung davon haben, was es bedeutet, mit 733 Euro im Monat den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist ja viel zu viel

„für Nixtun“, da belohnt man ja die „Faulen“, hieß es! Da schafft man doch eine „soziale Hängematte“ in der sich die Nichtsteuer ausruhen.

Mit 1. Jänner beginnt „EU2010, das europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und des sozialen Ausschlusses.“ Im Herbst 2010 soll in Österreich die bedarfsorientierte Mindestsicherung (bMS) eingeführt werden. Mit 12 statt 14 Bezügen pro Jahr und mit Zahlen aus 2005 (733 Euro bei 14 bzw. 855 Euro bei 12 Bezügen) und bundesweit mit 12 Bezügen von 733 Euro pro Jahr. Das ist eine Verschlechterung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, wird von Sozialminister Hundstorfer aber als die angeblich bessere Lösung gefeiert. Damit wird in Österreich Armut weiterhin verfestigt, nicht bekämpft. Denn nach den neuen EU-Werten aus 2007 wären 912 Euro 12 Mal pro Jahr als Medianeinkommen für Geringverdiener zu berechnen.

Dem Gelderwerb wird nach wie vor große Bedeutung beigemessen, obwohl nicht mehr übersehen werden kann, dass Vollzeitarbeitsplätze immer weniger werden, prekäre Beschäftigungsformen, von denen die Menschen nicht mehr leben können, aber im Steigen begriffen sind (working poor). Trotzdem wird immer noch argumentiert, dass die niedrige Höhe der Sozialhilfe gerechtfertigt sei, weil sie ein Anreiz sein soll, damit sich die Sozialhilfebezieher eine besser bezahlte Arbeit suchen mögen.

Das alles und mehr ist im „Armut- und Reichtumsbericht“, Kurzfassung, der ÖGPP unter www.politikerberatung.or.at nachzulesen. Das darf nicht so weiter gehen! Umverteilung von oben nach unten, statt Milliarden für Millionäre! **Das Geld ist da! Es steht den Menschen zu, die alle Werte schaffen!**

„NEIN ZUM ZWEI-KLASSEN STUDIUM“ SOLIDARITÄT MIT DEN PROTESTEN DER STUDENTINNEN!

Seit Ende Oktober gab es in Österreich die größten und längst anhaltenden Studentenproteste seit vielen Jahren.

Die Proteste richten sich unter anderem gegen unhaltbare Studienbedingungen, gegen Zugangsbeschränkungen, gegen die Bachelorisierung der

Unis, d.h. gegen die Normierung, Gleichschaltung und Uniformierung der Bildung, gegen die immer weitere Unterwerfung der Unis unter die Interessen der

Wirtschaft in ganz Europa. Bis zu einem Drittel aller Studenten haben an den großen Studentendemonstrationen seit langem teilgenommen. Wir unterstützen

die berechtigten Proteste der Studenten. Wir haben uns auch an den Demonstrationen beteiligt, haben Flugblätter verteilt.

Die Herrschenden in Politik und Wirtschaft wollen kein freies Studium, keine breite Bildung für alle. Sie wollen nicht den menschlichen Verstand, das kritische Denken fördern, sondern Studenten als Fertigprodukte, die der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Sie wollen nur Eliten heranbilden, für die es sich leisten können und Fachidioten, die alles schlucken. Sie wollen keinen Uni-Betrieb, der kritische Menschen heranbildet, die nicht alles hinnehmen, was heute passiert.

Die Studenten haben, ausgehend von ihrer Bewegung, sowohl mit vielen anderen Menschen aus dem Bildungsbereich als auch quer durch alle Berufs- und Interessensgruppen, mit Arbeitern, Arbeitslosen, Gewerkschaftern oder Pensionisten Kontakte geknüpft bzw. sich auch mit deren Anliegen solidarisiert, so z.B. mit den Protesten der Metallarbeiter und der KindergartenbetreuerInnen.

Schon lange zieht das Argument nicht mehr, die Studenten sollen „hackeln“ gehen und nicht pro-



testieren. Ca. 70% der Studenten müssen ohnehin arbeiten, um sich bei immer strengeren Studienbedingungen bzw. bei immer größerem Leistungsdruck ihr Studium überhaupt leisten zu können. Und viele kommen zum Schluss: Besser eine Ausbildung machen als arbeitslos sein. Wie die meisten Menschen spüren und sehen auch die Studenten, dass die Zukunft

ungewiss ist. Der Abschluss eines Studiums bedeutet heute noch lange nicht, dass man auch einen Job in diesem Bereich findet. Die Studenten wissen auch nicht, wie weit das Gesundheitssystem so erhalten bleibt, wie bis jetzt, ob sie sich die Mieten für eine Wohnung noch werden leisten können oder ob sie später überhaupt eine Pension beziehen werden können. Wirtschaftskrise, Klimakatastrophe usw. trifft alle...

Das Ausspielen zwischen dem Widerstand der Studenten und der übrigen Bevölkerung funktioniert diesmal nicht so wie sich das die Herrschenden vorstellen. Die Studenten haben sich unabhängig von ihrer Hochschulvertretung ÖH und den Parteien gut organisiert und haben gut arbeitende Netzwerke, die auch für die Zukunft wichtig sein werden.

Der Widerstand der Studentebewegung ist nur die Spitze des Eisberges des Unmuts und der Ablehnung dessen, was heute allen arbeitenden Östreichern zugemutet wird, was alles auf sie abgeladen wird. Was die Studenten bis heute schon bewegt und bewirkt haben, ist mehr als Sie je dachten, dass möglich wäre!

Solidarität mit den Studenteprotesten!

Mehr Geld für Bildung! Ja! Denn 100 Milliarden Euro Steuergelder bekommen die Banken und Konzerne, während die breite Masse der Bevölkerung für die von ihr nicht verursachte Krise um Einkommen, Arbeitsplatz, Bildung, Ausbildung oder Pension und Gesundheitsvorsorge gebracht werden soll!

KRANKE KASSEN?

Gesundheit muss uns etwas Wert sein, so tönt es aus dem Medien. Versteckte Botschaft: Nur wenn wir bereit sind mehr zu zahlen ist die Gesundheitsversorgung gesichert.

Im gleichen Atemzug hören wir aber auch, dass wir in Österreich das beste Gesundheitssystem der Welt hätten. Bedroht sei diese durch das Defizite der Gebietskrankenkassen (GKK), das dzt. 1,2 Milliarden Euro ausmache. Klingt arlarmernd. „Reformen“, „neue Strukturen“, „Effizienzsteigerungen“ seien nötig. Wer will da etwas dagegen haben, klingt ja plausibel. Angeführt wird diese Debatte etwa vom Finanzminister, von der Pharmabranche, den Medien, privaten Gesundheitsanbietern und „Gesundheitsökonomern“ oder von „Experten“ aus der Industriellenvereinigung. Ein „Kassenpaket“ ist angekündigt, aber noch nicht freigegeben. Dieses sieht 450 Millionen Euro zum Schuldenabbau bis 2013 und 100 Millionen Euro

für einen „Strukturfonds“ ab 2010 vor. Der „Strukturfonds“ wurde an die schrittweise Umsetzung der vereinbarten Einsparungen von 1,7 Milliarden Euro bis 2013 geknüpft. (1)

„DEFIZIT“ - DER GROSSE BLUFF

Die Pharmaindustrie etwa schreibt weiterhin steigende Gewinne. So ist ja auch der Anstieg der Medikamentenausgaben von 1,97 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf knapp 3 Milliarden Euro im Jahr 2008 neben den Spitalskosten der größte Brocken für die Kostenssteigerungen in den GKK. Zudem müssen die Kassen per Gesetz 74 % der Spitalskosten tragen, obwohl sie keinen Einfluss auf die von Ländern und Gemeinden zu 100 % geführten Spitäler haben.

Durch Maßnahmen, die seit der schwarz-blau-orangen Regierung wirksam sind, wie Senkung der Kassenbeiträge der Pensionsversicherung für Arbeiter und Angestellte und des AMS oder durch die Verpflichtung zur Übernahme von Leistungen, die nichts mit der Krankenversorgung zu tun haben (z. B. Wochengeld) entgehen den Krankenkassen jährlich (!) zwischen 850 bis 900 Millionen Euro. (2)

Die Unternehmen schuldeten 2008 den GKK 955 Millionen Euro. Letztendlich bleiben viele Sozialversicherungsbeiträge uneinbringlich: Seit 2000 mussten die Kassen insgesamt 1,1 Milliarden Euro abschreiben – diese Summe ist fast ident mit dem Kassendefizit von 1,2 Milliarden Euro. (3)

Es gibt auch nicht den beschwo-
renen Kostenanstieg. Die Gesund-
heitsausgaben sind in den letzten
Jahrzehnten nicht wesentlich
stärker gestiegen als die Gesamt-
wirtschaft. Die Anteile am Brutto-
inlandsprodukt (BIP) sind weitge-
hend stabil geblieben. (4) Was
es aber gibt, sind Einnahmerück-
gänge. Wären die Einnahmen
der Kassen (+ 33 %) genauso wie
die Wertschöpfung der Wirtschaft
(+ 41 %) gestiegen, gäbe es kein
Defizit!

Für Ingrid Reischl, Leiterin der
Grundlagenabteilung der GPA-
dj und neue Obfrau der Wiener
Gebietskrankenkasse (WGKK),
ist klar: „Das Gesundheitswesen
kann nicht über Leistungskür-
zungen und Einsparungen kon-
solidiert werden. Ohne Reform
der Einnahmenbasis geht sich
die Rechnung für ein ausgegli-
chen gebarendes, qualitativ
hochwertiges und bedarfsge-
rechtes Gesundheitswesen nicht
aus. Von besonderer Bedeutung
sind dabei Maßnahmen, die der
seit langem zu beobachtenden
Beitragseinnahmenerosion
nachhaltig entgegenwirken und
eine Dynamik der Einnahmen in
zumindest gleicher Ausprägung
wie dem Wachstum der Volks-
wirtschaft garantieren. Dabei ist
zu überdenken, ob es angesichts
der nachhaltig sinkenden Lohn-
quote richtig ist, die Krankenver-
sicherungsbeiträge ausschließlich
auf die Lohnsumme zu beziehen.“
(5)

Die Sozialversicherung (Pflicht-
versicherung) ist auch wesentlich
billiger als die privaten Versicherer
(Versicherungspflicht). Haben die-
se Verwaltungskosten von 2 bis 3
% so sind es bei den Privaten (sie-
he Schweiz) jedenfalls zwischen
10 und 25 %, manchmal sogar
mehr, weil ja mehr Anbieter am
Markt mehr teure Direktorenpos-
ten, mehr Werbung für den Ver-
drängungswettbewerb um die
nicht wirklich mehr werdenden
Versicherten bedeuten.

Die angeblich so „teure“ WGKK
hat überhaupt nur mehr 2,2 %
Verwaltungskosten. „Während
der Verbraucherpreisindex (VPI)
von 2000 bis 2008 um 18,3 % ge-
stiegen ist, wurde der Aufwand
für die und der Personalstand in
der Verwaltung im gleichen Zeit-
raum um 3 % bzw. 14 % gesenkt“,
weiß WGKK-Obfrau Ingrid Reischl.
Damit löst sich der Vorwurf der In-
effizienz in Luft auf.

Was u.a. auch den Kassen durch
die Umverteilung von unten nach
oben entgangen ist, macht die
Entwicklung der Lohnquote, das



ist der Anteil der Löhne am Volks-
einkommen, sichtbar. Von 1993
bis 2008 ist diese Quote von 66
auf 56 % gesunken. Für die letzten
15 Jahre aufgerechnet bedeutet
dies eine Verschiebung von Ar-
beitseinkommen zu den Gewin-
nen von unvorstellbaren 98 Milli-
arden Euro! Dadurch wurde den
Pensionskassen 15 Milliarden Euro,
den Krankenkassen 5 Milliarden
an Beiträgen entzogen. (6)

DAS ZIEL DER DEFIZIT-PROPAGANDA

Bei der Sozialversicherung geht
es in Summe um ein Volumen
von über 40 Milliarden Euro (550
Milliarden Schilling) jährlich! Die-
ser Bereich ist derzeit noch dem
Zugriff privaten Versicherer und so
genannter privater Gesundheits-
anbieter entzogen. Deshalb wol-
len die Unternehmer und ihre po-
litische Lobby diesen Bereich für
ihre Geschäftsinteressen öffnen.

Ein Instrument dazu ist der Haupt-
verband der Sozialversicherung-
sträger (HV). Seit Blau-Schwarz
dominiert per Gesetz die Minder-
heit der ca. 400.000 Unterneh-
mer, Selbständigen und Bauern
(7 % !) über die überwältigende
Mehrheit von 5,3 Millionen (93 % !)
der Versicherten, die aktiven und
pensionierten Arbeitnehmer. Mit
der Begründung, dass sowohl Ar-
beitnehmer als auch Arbeitgeber
Beiträge zur Sozialversicherung
bezahlen werden beide Gruppen
gleich gestellt. Tatsache aber ist,
dass die so genannten „Arbeit-
geberbeiträge“ zur Sozialversi-
cherung nicht von den Unterneh-
mern, sondern von den in den Be-
trieben arbeitenden Menschen
erwirtschaftet werden. Mit dieser
HV-Struktur wird der Selbstverwal-
tungsgedanke ad absurdum ge-
führt und die Arbeitnehmer-Versi-
cherten praktisch enteignet. Über
ihre Gelder verfügt die Minderheit
der Unternehmer entsprechend
ihren Interessen. (7)

WORAUF DAS HINAUSLÄUFT?

Weil von der „Gesundheitsre-
form“ auch die Ärzte betroffen
sind, sagt Ärztekammerpräsident
Walter Dorner treffend warum es
dabei geht: „die Machtübernah-
me des Kapitals im sozialen Be-
reich.“ Er warnt vor einer „fatalen
Überschätzung“ der Einsparmög-
lichkeiten der Krankenkassen,
die zu Warteschlangen, staatli-

cher Zuteilungs- und Billigmedizin
führe. Die Folge: „Wer Geld hat,
bleibt gesund und wer weniger
hat, wird kränker.“ Dorner sieht
eine „spekulative Verschiebung“
im Gesundheitssystem weg von
medizinischen Leistungen hin zu
zweifelhaften Monsterinvestiti-
onen, die den Patienten wenig
brächten. Er verwies in diesem
Zusammenhang auf die eben
erst bekannt gewordenen „ex-
orbitant hochgeschraubten Ge-
winnerwartungen von 17 Pro-
zent“ des Gesundheitssektors von
IT-Konzernen wie Siemens, die
wohl in Projekten wie der elektro-
nischen Gesundheitsakte (ELGA)
ihre Ursache hätten. (8)

SCHWAMM DRÜBER?

Mit dem „Kassendefizit“ wird
Gehirnwäsche betrieben. Die
Machenschaften und Ge-
winnabsichten der privaten
„Gesundheits“anbieter werden
in den Medien, hinter der große
private Interessengruppen stehen
(z. B. zu 50 % der deutsche WAZ-
Konzern bei der Kronen Zeitung,
oder der mächtige Raiffeisensek-
tor hinter „Kurier“, Profil & Co.),
kaum thematisiert! Doch genau
über diese Zusammenhänge zum
Schaden breiter Bevölkerung-
schichten soll und muss geredet
werden. Die Versicherten müssen
aufgeklärt und den Nutznießern
auf Kosten der Allgemeinheit ent-
gegen getreten werden, damit
die im Gewand der smarten „Ge-
sundheitsbringer“ auftretenden
diversen Experten als das entlarvt
werden, was sie sind: Marktschrei-
er ihrer eigenen Gewinnerwar-
tungen. Wenn etwas krank ist,
dann nicht die Kassen, sondern
so ein Gesundheitssystem, wie
die Autoren des Buches „Zukunft
Gesundheit“ feststellen.

Aus: A&W 11-09 (W. Leisch)

(1) BM für Gesundheit, Sanierungs-
konzept des Hauptverbandes SV,
14.9.2009

(2) Ärztemagazin 14/2008; WGKK-Aus-
sendung, APA 29.9.2009

(3) Parlamentarische Anfrage von Me-
tallergewerkschafter Franz Riepl an So-
zialminister Rudolf Hundstorfer,
Standard, 6.11.2009

(4) Martin Rümmele/Andreas Freitag:
Zukunft Gesundheit. So retten w i r
unser soziales System. Wien 2009

(5) Interview, Oktober 2009

(6) Hintergrund Sozialtransfers, Staats-
sekretär im Bundesministerium für Fi-
nanzen, Oktober 2009, sowie Statistik
Austria

(7) Struktur siehe:
www.hauptverband.at

(8) ÖÄK-Präsident Walter Dorner lt.
ÖÄK-Aussendung 26.3.2008 und Stan-
dard, 17.07.2008

HYPO ALPE ADRIA

Die bankrotte Kärntner Bank muss gerettet werden, so vom Finanzminister bis zum braunblauen Kärntner LH Dörfler, weil es sich um eine „Systembank“ handle.

Das bedeutet für die Bankenwelt soviel, dass sie fürs „System“ wichtig und daher nicht fallen gelassen werden darf. Das bestreiten zwar etliche Experten mit der Kleinheit der Bank. Was aber jedenfalls zum Ausdruck kommt, eine Systembank ist die Hypo allemal. Denn was die Hypo machte, machen die anderen auch, wie es halt so üblich ist im „System“. Und im kapitalistischen System haben solche Bankgeschäfte mit den diversen gesetzlichen Profiterwirtschaftungsmöglichkeiten bis hin zur offenen Korruption und den katastrophalen Auswirkungen auf die Menschen eben System. Deshalb ist dieses System untragbar. Dazu ein Kommentar der „Steuerinitiative im ÖGB“:

„Der Skandal um die HYPO ist ein mehrfacher. Einerseits ist er ein Beweis dafür, wie wenig ernst die Bankenaufsicht in Österreich genommen wird. Die Finanzmarktaufsicht, aber auch die Nationalbank haben dabei kläglich versagt. Hier haben die politisch Verantwortlichen bewiesen, dass sie seit Ausbruch der Finanzkrise seit über einem Jahr so gut wie nichts dazugelernt haben oder das auch gar nicht vor haben.

In zweiter Linie ist die Pleite der Bank ein weiterer Beweis dafür, in welchem Ausmaß hochriskante, undurchsichtige und

wohl auch korrupte Geschäftspraktiken in Österreichs Geldinstituten nach wie vor möglich sind. Und das bei mehr als fürstlichen Gehältern und Boni für das Management.

Dass dabei auch zahlreiche Kärntner Landespolitiker ihre Hände mit im Spiel hatten - und das quer durch alle Parteien - ist höchst wahrscheinlich und der dritte Skandal. Alleine die exorbitante Haftungssumme für die Bank in der Höhe des neunfachen Landesbudgets ist mehr als fahrlässig und schreit geradezu nach Amtshaftungsklagen gegen die politisch Involvierten. Ob im Rahmen der Geschäfte nicht auch noch Schmiergelder an Parteien oder Personen geflossen sind, wird wohl wieder einmal schwer zu klären sein, denn ähnlich wie im Falle des BAWAG-Skandals scheint die Justiz mit ihren genauen Erhebungen, Hausdurchsuchungen usw. so lange zuzuwarten, bis die wichtigsten Beweismittel verschwunden oder Geldflüsse nicht mehr nachvollziehbar sind.

Der vierte Skandal ist der, dass es unsere Verhandlungspolitiker unter Mithilfe jener österreichischen Großbanken, die selbst finanziell bei der HYPO engagiert sind und daher wohl alles andere als eine sinnvolle Beraterfunktion abgeben kön-

nen, verabsäumt haben die Eigentümer und Gläubiger in die volle Verantwortung für ihre Risikogeschäfte zu nehmen. (Aber eine Krähe pickt der anderen kein Auge aus, Anm. d. Red.)

Ein weiterer Skandal zeigt sich auch in der medialen Berichterstattung über die Hintergründe des Fiaskos. Zahlreiche Zeitungen, welche sich auf ihren Leserbriefseiten wochenlang mit Fiona ... beschäftigen und einen Leserbrief nach dem anderen dazu veröffentlichen, halten sich beim HYPO-Skandal auffällig zurück. Oder aber Leserbriefe werden ganz einfach so gekürzt und entstellt, dass die Empörung der BürgerInnen darin kaum mehr zur Geltung kommt.

Schließlich und endlich wird die durchgeführte Verstaatlichung die österreichischen Steuerzahler mit zusätzlichen Milliarden belasten. Geld, das für andere, notwendige Maßnahmen des Staates im Bereich der Gesundheit, Bildung, Forschung, im Sozial- und Pensionsbereich fehlen wird. Die Zeit, wo man über neue Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung laut nachdenken wird, scheint nicht mehr allzu fern zu sein. Doch vielleicht reicht es den Bürgern dieses Landes dann und sie setzen sich zur Wehr!“

ZWEI-KLASSEN-JUSTIZ

Aktenkopien bei Gericht unerschwinglich für finanziell Schwächere!

Ein fundamentales Recht für Beschuldigte bzw. Parteien im Straf- und Zivilprozess ist das Recht auf Akteneinsicht ... Eine generelle Verweigerung der Akteneinsicht würde dem verfassungsmäßig geschützten und in Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) festgeschriebenen Grundsatz des fairen Verfahrens („fair trial“) widersprechen (so auch OGH: 6Ob148/98b).

Genau dies ist aber mit der still und heimlich erfolgten Novellierung des Gerichtsgebührgesetzes (GGG) geschehen. Denn mit 1. 7. 2009 wurde die Gebühr für die Kopie einer Aktenseite von ohnehin nicht geringen 40 Cent auf einen Euro erhöht (Zum Vergleich: Der handelsübliche Preis beträgt ca. 1/10 davon). Dadurch wird das Recht auf Akteneinsicht ad absurdum geführt

bzw. durch die Hintertür abgeschafft, denn viele Betroffene werden sich die Kosten von mehreren hundert bzw. tausend Euro, und wir reden hier noch nicht einmal von AnwältlInnen- und Gerichtskosten, schlicht nicht mehr leisten können. Denn selbst in kleineren Verfahren kann ein Akt schnell auf mehrere hundert Seiten anwachsen.

Solidaritätsgruppe - Wien

„KEINE UNBEZAHLTEN ÜBERSTUNDEN?“

Für die Beschäftigten der Metallbranche gab es nach langen zähen Verhandlungen endlich einen KV-Abschluss: + 1,9%. Zuvor wollten die Unternehmer eine - viel geringere - Erhöhung überhaupt nur dann verhandeln, wenn gleichzeitig eine noch weitere Arbeitszeitflexibilisierung mit abgeschlossen wird. Wunsch der Unternehmenseite: 60-Stundenwoche, 10-Studentag, 2 Jahre Durchrechnungszeitraum, usw. usf.

Das schon vor einigen Jahren vom damaligen ÖGB-Chef und jetzigen Sozialminister Hundstorfer mit den Unternehmern ausgehandelte „Flexibilisierungspaket“ brachte für die arbeitenden Menschen Einbußen: längere Arbeitszeit und weniger Überstundenzahlungen. Behauptet wurde von Gewerkschaftsseite, dass dafür die Teilzeitbeschäftigten für Mehrarbeit Zuschläge bekämen. Mittlerweile weiß man, dass die Unternehmer bei Ausnutzung der Schlupflöcher kaum mehr dafür bezahlen, aber sich immens viel Geld bei den Vollzeitbeschäftigten ersparen.

Die jetzigen Arbeitsflexibilisierungs-Willür-Wünsche der Industrie wehrte die Metall-

gewerkschaft vorerst dadurch ab, dass sie der Unternehmenseite zusagte, ab Frühjahr 2010 doch über eine weitere Flexibilisierung zu verhandeln. Markig verkündete der Metallergewerkschafter Wimmer vor seiner hochprozentigen (99,13%) Wahl zum Chef der neuen Produktionsgewerkschaft PRO.GE: „Eine Nichtbezahlung von Überstunden wird es mit mir nicht geben“. Tosender Applaus. No, na. Möglicherweise wird es nach den Verhandlungen noch Überstunden geben, die bezahlt werden - ganz sicher ist auch das nicht. Jedenfalls werden es noch weniger sein als schon jetzt und somit noch mehr unbezahlte Arbeit. Was bleibt da von der früheren, völlig berechtigten Gewerkschaftsforderung, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Überstunden so teuer wie möglich sich abkaufen zu lassen, damit die Unternehmer mehr Menschen einstellen?

So macht man waschechte „Sozial“partner-Politik, die nur so tut als wäre sie für die Arbeitenden, gleichzeitig aber den Unternehmern in die Hände wirkt. In Worten arbeiterfreundlich, in der Tat für die Unternehmerprofite. Wer so

handelt, braucht sich dann nicht zu wundern, wenn am Ende der Geschichte die Gewerkschaft wieder weniger Mitglieder hat. Wer sich an die Unternehmer anbiedert, erntet letztlich, dass sich die Arbeiter angewidert abwenden. Wer davon leider profitiert, ist bekannt: die Braun-Blauen. Verantwortlich dafür werden sich dann aber wieder nicht diese Gewerkschaftsführer fühlen, sondern wieder die Schuld den abgewanderten Mitglieder umhängen wollen.

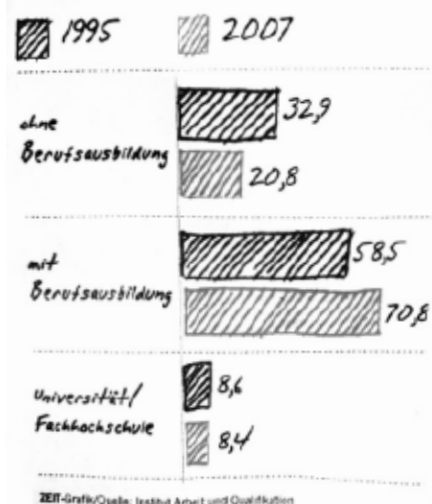
Daher keine weitere Flexibilisierung, die nur zur völligen „Kapovaz“ (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) im Interesse der Firmen führt. In Wirklichkeit ist der einzige Weg aus der Krise nicht mehr, sondern weniger Arbeit, nicht weniger, sondern mehr Einkommen für die breite Masse der Bevölkerung dafür aber die Beschneidung der Profite der Firmen durch Wertschöpfungs- und Vermögensbesteuerung, weil die von allen geschaffenen Werte nicht von einer Minderheit einseitig angeeignet, d.h. gegen die Interessen einer solidarischen und sozialen Gesamtgesellschaft missbraucht werden dürfen.

DIE GERINGQUALIFIZIERTEN-LÜGE

Sehen wir uns an, was die „Zeit“ da in ihrer Randnotizen-Serie "Wie geht's Deutschland" (Folge 14) Tolles ans Licht bringt: Die Zusammensetzung der rund 6,5 Millionen Menschen, die im Niedriglohnsektor arbeiten, nach beruflicher Qualifikation. In rot die aktuellen Werte aus 2007, in blau die Vergleichswerte aus 1995. In Summe arbeiten heute 2,1 Millionen Menschen mehr im Niedriglohnsektor als vor 10 Jahren, d.h. zu inflationsbereinigten, durchschnittlichen Stundenlöhnen von 5,77 Euro pro Stunde im Westen und 4,69 Euro im Osten.

Soweit so klar. Aber jetzt: Wo kommen diese zusätzlichen 2,1 Millionen netto her? Aus dem

Die Zusammensetzung des Niedriglohnsektors
Angaben in Prozent



Bereich der Minder- oder gar nicht Qualifizierten, wie es immer wieder heißt?

Der mit Abstand größte Zuwachs wir im Segment "mit Berufsausbildung" verzeichnet, diese Gruppe stellt mittlerweile 71% der Niedriglohnverdiener. Der Anteil der Personen ohne Berufsausbildung sank (!) hingegen, sogar ziemlich dramatisch, und beträgt nur noch vergleichsweise bescheidene 21%. Mit anderen Worten: auch eine Berufsausbildung schützt keineswegs vor Armut, in den letzten 10 Jahren schon überhaupt nicht! Was sagt Ihr dazu? Hättet Ihr es gewusst?

M.M. Wien

„DA IST DER WURM DRIN“

So titelte sinngemäß das „Profil“, das sich in den letzten Ausgaben immer mehr zum Ziel setzt, weniger die Großkopferten, die Banker und Bonzen auf's Korn zu nehmen, nein jetzt soll es Betriebsräten an den Kragen gehen. Das ist nicht zufällig.

Wir haben eine Bankenkrise, die sich gewaschen hat. Die Auswirkungen: während die Banker und Konzernbosse machen können was sie wollen und ihnen trotz aller übelster Machenschaften immer mehr Geld auf Steuerzahlerkosten nachgeworfen wird, bekommen die arbeitenden Menschen die reale Krise beinhart zu spüren. Magere Lohn- und Gehaltsabschlüsse und immer mehr Arbeitslosigkeit – im November waren offiziell knapp 340.000 Menschen arbeitslos. Die Banken und Konzerne machen weiter Gewinne und zahlen schon wieder „Boni“ an ihre Chefetagen aus. Dass da der Unmut der wirklich arbeitenden Bevölkerung immer größer wird, ist verständlich.



Und es gibt auch in unserem Land Menschen, BelegschaftsvertreterInnen, die gegen Ungerechtigkeit und Verschlechterungen aufstehen, ja sogar streiken – und damit entgegen aller verbreiteten Skepsis – erfolgreich sind. Einer unter ihnen ist der Betriebsrat des Postbus, Robert Wurm. Weil sich unter seiner Anleitung mitsamt der gesamten Belegschaftsvertretung die Beschäftigten schon seit Jahren gegen die direkte (Privatisierung und Verkauf) und indirekte (kalte Ausschaltung nach der Übernahme durch die ÖBB) Auslöschung erfolgreich zur Wehr setzen, sind sie nicht nur den ÖBB-Bossen, oder manchen ÖGB-Sozialpartner-Oberern, sondern allen Unternehmern ein Dorn im Auge. Doch gerade in Zeiten wie diesen braucht es solche selbständig, d.h. ohne Einnflüsterungen von oben und im gemeinsamen Interesse der Beschäftigten solidarisch handelnden BetriebsrätInnen. Die Postbusbeschäftigten wissen: Wo „Wurm“ drauf steht, ist auch der 'SPÖ-Gewerkschafter Wurm drinnen – und das stört eben so manche Firmen- oder Gewerkschafts-Obere gleichermaßen. Das einzige Profil was die letzteren haben, ist scheint's das „Profil“ der tiefschwarzen Giebelkreuzbank.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

101/09

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

BRAUNE „SAUBERMÄNNER“ AM WERK

Unter sich und wieder vereint

Da galt jahrelang im Kärntner "Muster"-Land, dass man es besser mache, als all die anderen, dass man für die "kleinen, fleissigen, ehrlichen und anständigen" Leute da sei. Zuerst unter blauem Gewand, dann mit Orangemantel und jetzt wieder in Blau. Wahrlich, die Kärntner erleben gerade ihre blauen Wunder. Das gar nicht so große Wunder nämlich, dass die Verantwortlichen sich abzuputzen versuchen. Doch in Wirklichkeit sind die braunen Recken genauso korrupt wie die anderen auch: einmal am Futtertrog, allen alles versprechen, Banken- und Unternehmer-FreunderIn versorgen, das Erarbeitete der Menschen verschleudern und verpfänden und dabei so zu tun als wäre man ganz anders. Wie? Zum Beispiel durch sauteure braun/orange-blau-nahe Werbefirmen, durch Heucheln von Volksnähe, indem man ein paar Euro eigenhändig unters Volk schmeißt, aber vor allem durch die Machtpolitik á la ÖVP NÖ-Pröll, die alles besetzt. NÖ ist zudem neben Kärnten das zweithöchst Pro-Kopf verschuldete Bundesland Österreichs. Ermöglicht und mitgetragen hat diese Haider-Dörfler-Politik jahrelang die ÖVP. Die SPÖ trägt durch ihre Schwäche, verursacht durch ihre jahrzehntelange arbeiterfeindliche Politik davor, Mitverantwortung.

Wenn mit Auffliegen des Hypo-Desasters dann der ÖGB in Klagenfurt zu einer Demonstration gegen die Landesregierung aufruft, ist das gut. Dass man aber daran braun/orange-blaue BZÖ- und FP-„Gewerkschaffer“ teilnehmen lässt, ist fatal. Nicht nur, dass dem Vernehmen nach deshalb viele SP-Gewerkschaffer nicht dazu aufrufen – zu Recht! Hat man in der sozialpartnerschaftlich völlig verseuchten ÖGB-Spitze wohl total vergessen, dass es schon einmal braune (faschistische) und gelbe (Unternehmer-) „Gewerkschaffer“ waren, die dann die Gewerkschaft unterwanderten und schließlich auflösten wenn sie es mit entsprechender Regierungs- und Unternehmernmacht sich getrauten. Während die schwarz-braun/orange-blaue Landesregierung wegen der Hypo Alpe Adria in höchste Bedrängnis kommt, übt sich der ÖGB noch in falsch verstandener „Überparteilichkeit“, anstatt klipp und klar für die arbeitenden Menschen offensiv Partei zu ergreifen, die über die braun/orange-blauen Saubermänner höchst erbost und empört sind.

SPENDENAUFRAF

Wir haben die letzten Male an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt.

Bitte geben Sie uns durch eine Spende, Abzahlung, per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen.

Danke. Mit solidarischen Grüßen.
Österr. Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO
E-Mail Adresse